

Der Österreich plan

von Bundeskanzler
Karl Nehammer

FÜR LEISTUNG.
FÜR FAMILIEN.
FÜR SICHERHEIT.

Inhalt

EINLEITUNG	5
MIT LEISTUNG ZUKUNFT SCHAFFEN	7
LAND DER LEISTUNG & DER ARBEIT	10
Programm für die fünf Millionen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler	11
Lohn statt Taschengeld für Menschen mit Behinderung	13
Zuwanderung ins Sozialsystem stoppen	13
Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte erleichtern	14
LAND DES WIRTSCHAFTSSTANDORTS	15
Österreich und Europa im internationalen Wettbewerb stärken und absichern	16
Unternehmertum stärken durch Entbürokratisierung & Deregulierung	17
„Harvard“ für Lehrlinge	18
Sichere Rohstoffe für Österreich	18
Attraktiver Standort: Investitionen und Innovation	19
Chancen statt Schulden	20
Leistbare Energie	20
Forschungsquote erhöhen – Österreich soll Platz 1 in Europa werden	21
LAND DER LANDWIRTSCHAFT	22
Fairplay für unsere Bäuerinnen und Bauern	23
Sichere Lebensmittelversorgung	23
LAND DES TOURISMUS	24
Tourismus weiterentwickeln	25
LAND DES SPORTS	26
Sport in der Breite und in der Spitze	27
LAND DER MOBILITÄT	28
Innovation auf die Straße bringen	29
Wasserstoffstrategie 2030	29
LAND DES EHRENAMTS	30
Ehrenamt stärken	31

MIT FAMILIE ZUKUNFT SCHAFFEN	32
LAND DER KINDER, ELTERN UND GROSSELTERN	35
Kinderbetreuungsoffensive	36
Kinderschutzpaket	36
Großelternkarenz für leibliche Großeltern	36
LAND DER BILDUNG	37
Modernisierung der Schule: Zukunft besser bilden	38
Land der Nobelpreisträgerinnen und -träger	38
LAND DER FRAUEN	39
Automatisches Pensionssplitting	40
Gewaltschutz	40
Empowerment und Stärkung von Frauen	41
LAND DER EIGENTÜMER	42
Eigentumsoffensive: Eigentumsquote von 48 Prozent auf 60 Prozent heben	43
LAND DER GESUNDHEIT	44
Qualität an den Patientinnen und Patienten steigern	45
LAND ZUM ÄLTERWERDEN	46
Land der sicheren Pensionen	47
MIT SICHERHEIT ZUKUNFT SCHAFFEN	48
LAND DER SICHERHEIT	50
Illegale Migration stoppen – Asylzentren in Drittstaaten einrichten	51
Null-Toleranz-Prinzip bei Kriminellen	52
LAND DER ÖSTERREICHISCHEN IDENTITÄT	53
Rot-Weiß-Rot Act	54
Sachleistungen statt Geldleistungen	54
Integration heißt Anpassung	55
LAND DER VERNUNFT	56
Gender-Missbrauch abschaffen	57
Bekenntnis zu zwei Geschlechtern in der Sprache	57

LAND DER WEHRHAFTEN DEMOKRATIE	58
Schutzschild der Nation stärken	59
Geistige Landesverteidigung	59
Kampf gegen Antisemitismus – gemeinsam „Nie wieder!“	59
LAND DER NEUTRALITÄT	60
Ein wertvolles Gut schützen	61
LAND DES RECHTSSTAATES	62
Das österreichische Staatswesen ins 21. Jahrhundert holen	63
Lücken im Rechtsstaat schließen	63
LAND DER INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN	64
Österreich in der Welt	65
LAND IM HERZEN EUROPAS	66
Europa refokussieren: Forderungen an die neue EU-Kommission	67
Industrie- und Wirtschaftsstandort Europa ausbauen	67
Funktionierendes Asylsystem sicherstellen	68
LAND DER VERSORGUNGSSICHERHEIT	69
Energie diversifizieren, Sicherheit garantieren	70
LAND DER KULTUR	71
Kulturnation Österreich	72
LAND DES KLIMASCHUTZES	73
Klimaschutz mit Hausverstand	74
CO ₂ -Einspeicherung in Österreich forcieren	75
LAND DER ORTSKERNE	76
Unsere Gemeinden als Rückgrat des Landes	77
LAND DER INNOVATION & TECHNOLOGIEOFFENHEIT	78
KI für die Menschen	79
Quantentechnologie	79
Schaffung eines eSport-Kompetenzzentrums	79
LAND DER MEDIEN	80
Medienvielfalt erhalten & Qualitätsjournalismus absichern	81

EINLEITUNG

Wie sieht unser Österreich im Jahr 2030 aus?

Die Antwort auf diese Frage sollten wir gerade in international unsicheren Zeiten niemand anderem überlassen. Wir müssen selbst Antworten auf die entscheidende Zukunftsfrage entwickeln: Wie wollen wir, dass unser Österreich im Jahr 2030 aussieht – und was müssen wir dafür heute und in den nächsten Jahren tun? **Eine gute Zukunft für unser Land kommt nicht vom Zuschauen, sondern ist Ergebnis harter Arbeit.**

Wir gehen bei unserer Arbeit für die Zukunft von einem starken Fundament aus: Österreich gehört in vielen Bereichen zur Weltspitze – mit einer Lebensqualität, um die uns viele beneiden. Aber wir dürfen uns auf Erfolgen der Vergangenheit nie ausruhen. Wir müssen die Chancen unserer Zeit so nutzen, dass unser Lebensmodell in Österreich eine sichere Zukunft hat. Dazu gehört auch, dass die nachfolgenden Generationen denselben Wohlstand und dieselben Möglichkeiten haben, die wir in Österreich heute erleben dürfen. Die Sicherung der Zukunft der nächsten Generation steht daher im Mittelpunkt unserer Arbeit.

Dafür ist es wichtig, dass wir die Säulen unseres Zusammenlebens stärken und gezielt weiterentwickeln. **Für uns als Volkspartei geht es um drei zentrale Themen: Leistung, Familie und Sicherheit.**

Unsere Leistungskultur, unser Wohlstand und unsere soziale Sicherheit gehen Hand in Hand. Internationale Wettbewerbsfähigkeit ist kein Selbstzweck, sondern Grundlage unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolgs. Dass sich Leistung lohnen muss, ist keine leere Floskel, sondern ein entscheidendes Erfolgsprinzip unseres Landes. Österreich ist ein Land der Leistung in Beruf, Wirtschaft, Ehrenamt oder Familien. Dafür müssen wir auch weiterhin die Grundlagen schaffen.

Unsere Familien sind der Kern einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Ohne Kinder gibt es keine Zukunft. Eine familienfreundliche Gesellschaft ist und bleibt daher zentrales Anliegen unserer Politik. Wir müssen immer wieder neue Wege gehen, um die Familien bestmöglich zu unterstützen – von der Kinderbetreuung bis zur Bildungspolitik. Familien sind auch der Schlüssel zur Vermittlung unserer Werte und unserer Lebenskultur. Das Hochhalten unserer Werte hat uns zu dem gemacht, was wir heute sind: ein freies Land, das getragen ist von Freiheit, Demokratie und Wohlstand.

Die Bewahrung der inneren und äußeren Sicherheit ist essentiell, um unser Lebensmodell vor den unterschiedlichen Herausforderungen und Gefahren zu schützen. Eine wehrhafte Demokratie, ein verlässliches Bundesheer, Schutz vor Kriminalität und kontrollierte legale Zuwanderung sind entscheidend. Wer dauerhaft in Österreich leben will, muss unsere Werte vertreten, unsere Kultur akzeptieren und sich an unser Lebensmodell anpassen. Illegale Migration muss gestoppt und das Asylchaos an den europäischen Grenzen beendet werden. Die Sicherheit unseres Landes und der Menschen in Österreich ist für uns eine klare Priorität.

Wenn wir Zukunft sichern und breiten Wohlstand vermehren wollen, dann ist es wichtig, die Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, die durch ihre Fähigkeiten in der Lage sind, Zukunft und Wohlstand zu schaffen. Dabei müssen wir die Talente unserer Kinder ebenso fördern wie Kreativität, Innovation und Forschung. Gleichzeitig ist für uns auch klar, dass wir all jene, die ihr ganzes Leben lang einen Beitrag geleistet und diesen Wohlstand aufgebaut haben, nicht vergessen, sondern mit in die Zukunft nehmen – und ihre Leistungen sicher anerkennen.

Damit wir gemeinsam mehr aus der Zukunft machen können, müssen wir die Potenziale unseres Landes sowie eines jeden Einzelnen in Österreich noch besser wertschätzen und nutzen. Denn unsere Zukunft geht uns alle an. Sie erfordert von der Politik Weitblick und Augenmaß. Sie braucht Vernunft und Leidenschaft für Land und Leute. Sie fußt auf Werten und Verantwortung. Denn es geht um unser Österreich.

Und wir glauben an unser Österreich.



Karl Nehammer
Bundeskanzler und
Bundesparteiobmann

Mit

= Leistung =

Zukunft

schaffen.

Der weltweite Wettbewerb ist zunehmend auch ein Wettbewerb der Leistungskulturen. Österreich war immer ein Land der Leistung mit einer starken Leistungskultur – auch und gerade in Wirtschaft und Arbeitswelt. Das verdanken wir vor allem den fleißigen und mutigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ebenso den Unternehmerinnen und Unternehmern. Gleichzeitig ist Leistung sehr viel breiter zu sehen: Auch wer Kinder erzieht, Eltern pflegt, für unsere Gesundheit und Sicherheit sorgt oder sich im öffentlichen Gesellschaftsleben engagiert, trägt mit seiner Leistung zu unserem Wohlstand bei.

Das soll auch in Zukunft so sein, damit unser Lebensmodell gesichert ist. Den Wohlstand und die hohe soziale Sicherheit verdanken wir im Land all jenen, die aufstehen und arbeiten gehen und Unternehmen gründen und führen. **Um breiten Wohlstand und das hohe Niveau sozialer Leistungen zu sichern, soll sich Leistung im Beruf stärker auszahlen.** Wer arbeitet, soll durch spürbare Entlastung mehr Einkommen und damit mehr Handlungsspielräume haben als bisher. Auch der Einkommensunterschied zwischen Arbeit und Nicht-Arbeit soll dadurch deutlich größer werden.

Österreichs Wirtschaft sichert mit ihren Leistungen unseren Wohlstand und stärkt unseren Standort im internationalen Wettbewerb. Ein starker Standort ist Basis für eine starke Gesellschaft. Es gilt daher, die Wirtschaft weiter zu entlasten, unnötige bürokratische Hürden abzubauen und mehr Möglichkeiten für zukunftssträchtige Investitionen zu schaffen.

Diese Erfolgsgeschichte wurde in den letzten Jahren durch globale Krisen massiv auf die Probe gestellt. In den letzten vier Jahren musste von Seiten des Staates viel Geld in die Hand genommen werden, um ein Auffangnetz für unsere durch die Auswirkungen der multiplen Krisen gefährdete Wirtschaft und die Bevölkerung zu spannen. Das war wichtig und richtig – beispielsweise bei der Kurzarbeit, um die Menschen in Beschäftigung zu halten. Jedoch ist jetzt die Zeit, davon wieder wegzukommen. **Dafür braucht es einen Regimewechsel in Österreichs Wirtschaftspolitik.** 2030 soll unsere Wirtschaft fest auf eigenen Beinen stehen können. Um das schaffen zu können, benötigt es fundamentale Änderungen und eine Abkehr von Interventionalismus und Etatismus, welche in den letzten vier Jahren der globalen Krisen notwendig waren.

Es ist Zeit für eine Rückkehr zur sozialen Marktwirtschaft – so wie Konrad Adenauer und Ludwig Erhard sie erfunden haben. Hierbei liegt der Fokus auf unternehmerischen Tugenden im Gleichklang mit christlich-sozialen Werten. Das heißt für unsere Wirtschaft: Eigenverantwortung übernehmen, Risiko eingehen und Wettbewerb in den Vordergrund stellen. Aber vor allem: Freiheit für Unternehmen und keine Abhängigkeit vom Staat mehr.

Wir sind an einem Punkt, wo wir sagen: Unternehmertum und Wirtschaften muss durch weniger Bürokratie, Regularien und einen stärkeren Kapitalmarkt ermöglicht werden, anstatt in der Abhängigkeit von staatlichen Direktförderungen zu stehen.

Wir werden immer Bereiche haben, in denen der Staat zielgerichtet unterstützt und fördert. Allerdings muss die Zeit der Subventionen in eine Zeit der unternehmerischen Freiheit und Leistung übergeführt werden.

Wirtschaftlicher Erfolg und Innovation sind eine unverzichtbare Grundlage auch für eine nachhaltige Entwicklung. **Daher stehen wir für Klimaschutz mit Hausverstand.** Österreich ist in Nachhaltigkeitsfragen bereits Vorreiter und soll diese Rolle noch weiter ausbauen. Das zeigt unser Tourismus ebenso wie unsere Landwirtschaft oder die Umwelttechnikwirtschaft. Es gilt daher, diese Branchen sinnvoll zu fördern und technologische Chancen richtig zu nutzen, statt Verbote oder überbordende Regulierungen auszusprechen. Vor diesem Hintergrund setzen wir uns – im Autoland Österreich mit über 300.000 Arbeitsplätzen in der Branche – auch für grüne Mobilität ein, die nicht Einschränkungen für die Menschen erzwingt, sondern Verbindungen nachhaltig sichert.

Als kleines Land ist es für uns umso wichtiger, dass wir Herausforderungen und Chancen der modernen Wirtschafts- und Arbeitswelt frühzeitig erkennen, klug gestalten und effektiv nutzen, damit wir wirtschaftlich und als Gesellschaft erfolgreich sind. Unsere Leistungskultur ist und bleibt dafür der Schlüssel in die Zukunft.

Für uns ist daher klar: Leistung schafft Wohlstand für uns alle – für die Gesellschaft, aber auch für jeden Einzelnen.

A close-up photograph of a wooden workbench. In the foreground, several light-colored wood shavings are piled up. In the background, a metal hand plane is visible, along with other tools like a pencil and a square. The lighting is warm and focused on the shavings.

Land der
Leistung &
Arbeit.

Programm für die fünf Millionen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler

Wir wollen die arbeitende Mitte entlasten. Jenen Menschen, die täglich arbeiten gehen, und jenen, die selbständig sind und damit unser gesamtes System mit ihrer Steuerleistung finanzieren, soll mehr von ihrem Einkommen bleiben – dies soll auch für jene gelten, die ein Leben lang gearbeitet haben. Das sind die rund fünf Millionen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Für sie soll es ein „Programm für die fünf Millionen“ geben. Dadurch wird mehr Netto vom Brutto am Gehaltskonto übrig bleiben und das Leben leichter leistbar sein.

Die österreichische Volkswirtschaft ist damit konfrontiert, dass die in Österreich geleisteten Arbeitsstunden in den vergangenen 15 Jahren trotz eines starken Bevölkerungswachstums leicht gesunken sind, besonders stark im Bereich der Vollzeit und bei den Überstunden. Das bedeutet: Die Bevölkerung wächst, aber die Arbeitsleistung steigt nicht im selben Ausmaß. Das heißt, wir brauchen mehr Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die aber weniger Steuern zahlen. Aus diesem Grund muss Arbeit nachhaltig entlastet werden, damit es sich im Jahr 2030 in Österreich wieder auszahlt, Vollzeit arbeiten zu gehen, und mehr Leute in Beschäftigung kommen. Dazu braucht es auch eine Reform des Arbeitslosengeldes. Mehr Arbeit bringt deutlich mehr Einkommen und sorgt dafür, dass unser Sozialsystem finanzierbar und unser Standort wettbewerbsfähig bleibt. Leistung bedeutet aber auch, dass wir jene entlasten, die ihr ganzes Leben lang hart gearbeitet haben und unser Land zu dem Wohlstand geführt haben, den es heute hat. Mit diesen Maßnahmen tragen wir auch dazu bei, unsere Steuer- und Abgabenquote konsequent zu senken und einen Wert unter 40 Prozent anzustreben.

Oftmals wird die Befürchtung formuliert, dass die Senkung von Steuern negative budgetäre Effekte nach sich zieht. Eine durchdachte Weiterentwicklung unseres Steuersystems, das Erwerbstätigkeit und Leistung fördert, wird mittel- und langfristig dazu führen, dass der Standort attraktiver wird, die Kaufkraft wächst und die Arbeitsleistung steigt. Das wiederum wirkt sich positiv auf den Staatshaushalt aus.

Ziel ist es, zum einen Anreize für mehr Vollzeitarbeit zu bieten, für jene Menschen, die auch Vollzeit arbeiten können. Gleichzeitig braucht es eine Entlastung für den unteren Einkommensbereich, damit ein stärkerer Unterschied von Erwerbseinkommen zu Nicht-Erwerbseinkommen besteht, sowie die Schaffung von Rahmenbedingungen, damit auch jede und jeder etwas leisten kann. Manche Menschen können aus unterschiedlichen Gründen, wie z.B. Kinder- oder Pflegebetreuungsspflichten, nicht Vollzeit arbeiten. Auch für diese Menschen soll es eine Steuererleichterung geben, denn die Kombination aus Pflege- oder Kinderbetreuungsaufgaben und einer Erwerbstätigkeit ist eine außerordentliche Leistung für unser Land, die dementsprechende Wertschätzung finden soll. Gleichzeitig sollen durch eine flächendeckende Kinderbetreuung Rahmenbedingungen geschaffen werden, die echte Wahlfreiheit ermöglichen. Zudem soll auch das Arbeiten im Alter attraktiver werden, um so die Menschen länger im Arbeitsleben halten zu können.

Die vergangenen Krisenjahre und die eingangs erwähnten Entwicklungen sind eine enorme Herausforderung für unseren Standort. Gerade der Faktor Arbeit muss attraktiver werden, sowohl für Unternehmen als auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die beste Maßnahme für soziale Sicherheit und Unabhängigkeit ist nach wie vor ein Arbeitsplatz. Österreich muss daher wirksame Maßnahmen setzen, um mehr Menschen in Beschäftigung zu bringen und die Langzeitarbeitslosigkeit zu senken. Um die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standortes zu stärken und Beschäftigungsimpulse zu setzen, müssen daher die Lohnnebenkosten gesenkt werden. Gleichzeitig soll die Arbeitslosenversicherung als temporäres Auffangnetz weiterhin Sicherheit für schwierige Zeiten geben, aber keine dauerhafte soziale Hängematte werden.

Deshalb braucht es bis 2030:

- eine Leistungsreform des Steuersystems für 5 Millionen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler:
 - **Senkung des Eingangssteuersatzes von 20 Prozent auf 15 Prozent**, um damit fünf Millionen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu entlasten und einen Unterschied zwischen Erwerbstätigkeit und Nicht-Erwerbstätigkeit sicherzustellen. Gleichzeitig sollen von dieser Maßnahme auch die Pensionistinnen und Pensionisten sowie Menschen mit geringeren Einkommen profitieren.
 - **Entfall des Steuersatzes von 48 Prozent**, um jene, die den größten Anteil zum Steueraufkommen leisten, zu entlasten
 - Einführung eines **jährlichen steuerlichen Vollzeitbonus in Höhe von 1.000 Euro** für all jene, die Vollzeit arbeiten. Dabei sollen auch notwendige familiäre Betreuungspflichten berücksichtigt werden
 - Entlastung bei Überstunden mit dem Ziel, **alle Überstunden zur Gänze steuerfrei** zu machen, um jene zu unterstützen, die mehr leisten, als sie müssten
- keine Pensionsversicherungsbeiträge für das Arbeiten nach dem gesetzlichen Pensionsantrittsalter, um **eine echte Aktivpension** sicherzustellen
- eine Leistungsreform des Abgabensystems
 - Implementierung eines **Lohnnebenkosten-Senkungspfades bis 2030 um 0,5 Prozentpunkte pro Jahr**
 - Diese 0,5 Prozentpunkte ergeben sich aus einer Reduktion der Arbeitslosenversicherungsbeiträge (Finanzierung durch Neustrukturierung des Arbeitslosengeldes) sowie aus der Überführung eines Teiles der Beiträge des FLAF in das Bundesbudget.
 - **degressives, zeitabhängiges Arbeitslosengeld** mit einem Absinken **der Ersatzrate von aktuell 55 Prozent auf unter 50 Prozent**, damit wir Menschen schnell wieder in Beschäftigung bringen und Arbeit und Leistung wieder in den Vordergrund gestellt werden
 - **geringfügige Beschäftigung zum Arbeitslosengeld streichen**, damit jeder, der arbeiten kann, auch einer vollwertigen Arbeit nachgeht
 - **Neuregelung der Bildungskarenz**, damit Bildung im Vordergrund steht und nicht die Karenz
 - Verschärfung der Leistungsanforderungen (z.B.: ECTS-Punkte oder Präsenzpfllichten) – dadurch sollen Kosteneinsparungen erzielt werden

Lohn statt Taschengeld für Menschen mit Behinderung

Es ist wichtig, dass wir Menschen mit Behinderung bestmöglich in die Gesellschaft sowie das Arbeitsleben integrieren, um ihnen dadurch ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Dazu wollen wir, dass ihre geleistete Arbeit eine würdevolle Wertschätzung erfährt und sie gleichzeitig auch sozialversicherungsrechtlich abgesichert werden. Daher ist es notwendig, dass wir bis 2030 weiterhin alles dafür tun, bestehende Barrieren weitestgehend abzubauen, um die Unabhängigkeit von Menschen mit Behinderung zu stärken.

Dafür braucht es bis 2030:

- **Lohn statt Taschengeld.** Das bedeutet, dass Menschen mit Behinderung für ihre Arbeit in geschützten Werkstätten künftig einen **Lohn und eine eigene Sozialversicherung** statt wie bisher ein Taschengeld erhalten sollen.

Zuwanderung ins Sozialsystem stoppen

Unser Anspruch ist ein Sozialsystem für jene, die nicht können, und nicht für jene, die nicht wollen. Wer in Österreich Hilfe benötigt, soll sie auch verlässlich bekommen. Wir bekennen uns als christlich-soziale Partei zu einem modernen Sozialstaat, den wir auch zielgerichtet aufgebaut und weiterentwickelt haben. Solidarität ist für uns keine Einbahnstraße.

Unser Sozialstaat soll jene unterstützen, die es notwendig haben, aber nicht von jenen ausgenutzt werden, die es sich auf Kosten der Allgemeinheit im Sozialsystem bequem gemacht haben. Unser Sozialsystem muss daher stärker als Solidargemeinschaft gedacht und weiterentwickelt werden. Dazu gehört auch, dass nur jene den vollen Anspruch auf Sozialleistungen haben, die zuvor auch in das österreichische Sozialsystem eingezahlt haben. Ein treffsicheres Sozialsystem ist auch ein zukunftssicheres Sozialsystem. Um das zu erhalten, muss ein Missbrauch unseres Sozialsystems konsequent bekämpft und der illegalen Zuwanderung in unser Sozialsystem endlich ein Riegel vorgeschoben werden.

Deshalb braucht es bis 2030:

- eine Sozialleistungsreform
 - volle **Sozialleistungen erst nach 5 Jahren legalem Aufenthalt** in Österreich [nach dem Vorbild Dänemarks]
 - ausschließlich Sachleistungen und **zweckgebundene Sachleistungsgutscheine statt Geldleistungen** [vor allem auch in den Bundesländern]
 - **gemeinnützige Arbeit** für alle, die Sozialhilfe beziehen und arbeitsfähig sind

Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte erleichtern

Für rund 200.000 Stellen fehlen gegenwärtig qualifizierte Arbeitskräfte. Dort, wo der Bedarf in Österreich nicht gedeckt werden kann, sollen qualifizierte Fachkräfte aus anderen Staaten der Welt angesprochen werden. Wir benötigen qualifizierte Zuwanderung für unsere Betriebe, das Pflegesystem und das Gesundheitssystem – und keine illegale Migration in unser Sozialsystem.

Daher braucht es bis 2030:

- **Vereinfachung und Abbau von Bürokratie bei der Rot-Weiß-Rot-Karte**, um die besten Köpfe nach Österreich zu holen. Dazu soll die **Rot-Weiß-Rot-Karte binnen 72 Stunden** ausgestellt und eine vollständige digitale Antragstellung ermöglicht werden.
- **Entfall der Nostrifizierung für Länder und Universitäten**, die unseren Standards entsprechen, damit wir unseren Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften schnell, unbürokratisch und hochqualitativ decken können
- **Schaffung einer Dachmarke zu Koordinierung und Monitoring** der österreichischen Aktivitäten im Fachkräfte-Scouting



Land des

Wirtschafts-

standorts.

Österreich und Europa im internationalen Wettbewerb stärken und absichern

Wir sind ein Land, in dem weltweite Spitzenunternehmen und viele Klein- und Mittelbetriebe das Rückgrat unserer Wirtschaft sowie unseres Wohlstandes bilden. Für diese brauchen wir Rahmenbedingungen, damit sie im internationalen Wettbewerb bestehen können. Dazu braucht es nicht nur nationale Maßnahmen, sondern auch auf europäischer und internationaler Ebene mehr Fokus auf geopolitische Dynamiken mit dem erklärten Ziel, Wertschöpfung und Unternehmertum in Österreich und Europa zu behalten. Es kann nicht sein, dass unfair subventionierte Autos aus dem Ausland – wie etwa aus dem asiatischen Raum – in Österreich durch öffentliche Aufträge beschafft werden.

Wir wollen ein konkurrenzfähiges „Europe First“ gegenüber Asien und Amerika, in dem sich eine selbstbewusste österreichische und europäische Wirtschaftspolitik widerspiegelt. Das ist vor allem wichtig, weil wir im internationalen Wettbewerb unsere europäischen und österreichischen Interessen in den Vordergrund stellen müssen – nur so können wir langfristig unseren Wohlstand erhalten. Wir stellen uns gegen Protektionismus und bekennen uns zur internationalen Kooperation und zu einer global vernetzten Wirtschaft – allerdings muss diese Kooperation für alle Partner fair, ausgewogen und auf Augenhöhe stattfinden. Dazu braucht es neben einem klaren Bekenntnis zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und des Schutzes unserer heimischen und europäischen Wirtschaft auch starke und verlässliche Zusammenarbeit mit Partnern in der ganzen Welt.

Dazu möchten wir bis 2030:

- **Asien und Amerika die Stirn bieten** und österreichische sowie europäische Interessen in den Vordergrund stellen, damit Europa ein Player in der globalen Wirtschaft bleibt.
 - Fokus auf den **europäischen und österreichischen Produktionsstandort** und Forcierung der Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft
- einen stärkeren Fokus in der Standortpolitik auf geopolitische Dynamiken und Sicherheitsaspekte legen – **„Europe First“ im internationalen Wettbewerb**
 - Im öffentlichen Vergabewesen sollen **EU-Produkte bevorzugt werden**. (Es kann nicht sein, dass wir im öffentlichen Bereich subventionierte asiatische Produkte vor europäischen verwenden.)
 - Bei mit Steuergeld geförderten Produkten **kritischer Infrastruktur und Industrie sollen EU-Produkte bevorzugt** werden [z.B. auch Förderungen bei PV-Wechselrichtern].

Unternehmertum stärken durch Entbürokratisierung & Deregulierung

Erfolgreiches wirtschaftliches Handeln steht für uns im Mittelpunkt – egal, ob als Privatperson oder als Unternehmen. Österreich ist ein Land der Klein- und Mittelbetriebe (KMU): 99,6 Prozent aller Betriebe sind KMU. Sie bilden durch ihren Fleiß und harten Einsatz das Rückgrat unserer Wirtschaft sowie unseres Wohlstandes. Für mehr wirtschaftliche Freiheit braucht es finanzielle Entlastung und weniger Bürokratie. Unternehmer sollen Unternehmer sein können, ohne dabei durch überbordende Regulierungen ausgebremst zu werden.

Deshalb braucht es bis 2030:

- Konsequente Reduktion von überbordender Regulierung
 - Abschaffung der **schwersten Regulierungsirrtümer wie:**
 - **Rivalisierende Rechtsvorschriften:** So ist zum Beispiel in einem Fleischereibetrieb vorgeschrieben, dass aus hygienischen Gründen glatte Fliesen zu verwenden sind, gleichzeitig schreibt ein anderes Gesetz jedoch vor, dass raue Fliesen zu verwenden sind, damit der Arbeitsschutz gewährleistet werden kann.
 - **Absurde Kennzeichnungsvorschriften:** Wenn die Zeitangabe bei kochbaren Lebensmitteln nicht mit dem Wort „Kochzeit“ verbunden wird, sondern mit dem Symbol einer Sanduhr, kann der Produzent dafür zu Strafzahlungen verpflichtet werden.
 - Die **Abschaffung der Belegpflicht bis 20 Euro**
 - Start einer **Bürokratieabbauinitiative zur Reduktion von Berichtspflichten** um ein Drittel für die österreichischen Unternehmen
 - konsequente Verhinderung der **Übelerfüllung europäischer Mindeststandards** („Gold Plating“)
- Erleichterungen im operativen Betrieb für unsere KMU
 - **Anhebung der Geringwertige-Wirtschaftsgüter-Grenze** auf 2.000 Euro
 - **Senkung der Unternehmenssteuern**, insbesondere bei KMU, durch zum Beispiel Anpassungen bei der Pauschalierung und der **Gleichstellung von Fremd- und Eigenkapital durch Einführung fiktiver Eigenkapitalzinsen**. Mit dieser Maßnahme werden Unternehmen motiviert, höhere Eigenkapitalquoten aufzubauen. Dadurch steigt die Bonität und die Gefahr von Insolvenzen wird reduziert.
 - **Entrümpelung der Formulare für Unternehmen** bei administrativen Vorgängen

„Harvard“ für Lehrlinge

Für einen starken Wirtschaftsstandort Österreich braucht es gut ausgebildete Fachkräfte. Unser System der Lehre ist international als Vorzeigemodell und Wirtschaftsmotor bekannt und genießt einen ausgezeichneten Ruf. Österreich soll zu einem internationalen Standort für Berufsausbildungen werden.

Deshalb braucht es bis 2030:

- Schaffung der Möglichkeit, dass wir in Zukunft **in Österreich ausländische Fachkräfte ausbilden** und diese auch in Österreich behalten, sofern es eine entsprechende betriebliche Nachfrage gibt

Sichere Rohstoffe für Österreich

Weniger Abhängigkeit insbesondere bei kritischen Rohstoffen stärkt den Standort. Die Versorgungssicherheit der Wirtschaft und der Bevölkerung soll nicht davon abhängen, wo und wann internationale Krisen auftreten. Deshalb müssen wir, auch im Sinne des EU Critical Raw Material Act, handeln, um unseren Standort abzusichern.

Deshalb braucht es bis 2030:

- **Unabhängigkeit bei der Produktion und beim Abbau von kritischen Rohstoffen.**
Es muss auch ein Fokus auf die Lagerhaltung gelegt und gleichzeitig eine Diversifikation bei den Bezugsländern angestrebt werden.
- Dazu sollen effektive Steuerungsinstrumente etabliert werden:
 - Anreize für die Produktion sowie den **Abbau kritischer Rohstoffe in Österreich**
 - **Reform der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)**, um den Abbau kritischer Rohstoffe zu vereinfachen

Attraktiver Standort: Investitionen und Innovation

Vermögensaufbau und -erhalt sind für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort unverzichtbar. Österreich muss attraktiv für privates Kapital und private Investitionen in unsere Betriebe sein. Wir möchten private Investition vor allem in Innovation erhöhen und gleichzeitig staatliche Unterstützungen „mit der Gießkanne“ reduzieren. Das bedeutet, dass wir Instrumente, die in der Vergangenheit nicht gut funktioniert und einen starken Subventionscharakter haben, überdenken und den Fokus auf Instrumente legen, die die Wirtschaft positiv voranbringen, wie beispielsweise Investitionsprämien.

Bis 2030 braucht es deshalb:

- die Schaffung von Anreizen, damit Vermögensaufbau erleichtert und nicht verhindert wird
 - **Abschaffung der Kapitalertragsteuern bei Spareinlagen** am Sparbuch bis 100.000 Euro
 - Einführung eines **Vorsorgedepots durch Wiedereinführung der Behaltefrist bei Wertpapieren** bei gleichzeitiger Stärkung des Kapitalmarkts
- **die Attraktivierung und Stärkung des Kapitalmarkts**, damit mehr privates Kapital in den Standort Österreich fließt
 - **Direktförderungen durch die öffentliche Hand sollen reduziert werden.** Stattdessen soll **privates Kapital mobilisiert** werden, um standortrelevante strategische Industrieprojekte und KMU-Wachstum durch Private zu finanzieren.
 - Dazu sollen auch neue **staatliche Haftungen und Garantien** geschaffen werden, insbesondere für die strategisch wichtige Industrie.
- **den Ausbau von Investitionsprämien nach dem Vorbild der bestehenden Investitionsprämie des Austria Wirtschaftsservice**
 - Dabei soll ein Fokus auf den Bereich Mikrochips, Life Science, KlimaTec und weitere Schlüsselindustrien gelegt werden.
- **ein klares Nein zu neuen Vermögens- und Erbschaftssteuern**

Chancen statt Schulden

Nach den Herausforderungen der vergangenen Jahre ist es wichtig, dass sich unser Budget zukunftssicher weiterentwickelt. Wir müssen fit für notwendige Zukunftsinvestitionen und allfällige weitere Herausforderungen sein. Wir wollen außerdem unseren Kindern Chancen und keine unbewältigbaren Schulden hinterlassen. Der Staat kann nur ausgeben, was Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger erwirtschaften.

Deshalb braucht es bis 2030:

- **Reduktionen der nach der Krise entstandenen hohen Defizite** und langfristige Erreichung eines ausgeglichenen Bundesbudgets. Dazu braucht es eine Gegenfinanzierung, die sich an folgenden Punkten orientiert:
 - **Stopp der Zuwanderung ins Sozialsystem** und Erhöhung der Leistungsanreize
 - Regimewechsel in der Wirtschaftspolitik durch einen „**Deregulierungs-Turbo**“ und eine „**Ausgaben- und Subventionsbremse**“ sowie Effizienzsteigerungen in der öffentlichen Verwaltung und bei öffentlichen Beschaffungen
 - **Attraktivierung des Wirtschaftsstandorts Österreich** durch leistungsfördernde Rahmenbedingungen und damit Ankurbelung des Wirtschaftswachstums
- dass Österreich in Brüssel wieder eine Stimme für das **Einhalten der Maastricht-Kriterien aller Euro-Länder** wird, damit die Stabilität der Eurozone und unserer gemeinsamen Währung gesichert ist

Leistbare Energie

Leistbare Energiepreise sind für Unternehmen und Menschen im Land von enormer Bedeutung. Die energieintensive Industrie darf nicht aus Österreich vertrieben werden. Gleichzeitig müssen wir dafür sorgen, dass auch unsere KMU langfristig leistbare Energiepreise haben.

Deshalb braucht es bis 2030:

- den konsequenten **Ausbau des österreichischen Energienetzes**
- **Systemadaptierungen auf europäischer Ebene** durch beispielsweise Neuregelungen bei den Strompreiszonen
- zielgerichtete **Unterstützungen für energieintensive Unternehmen**
- ein Bekenntnis dazu, dass auch auf nationaler Ebene die Stromversorger in die Pflicht genommen werden, **einen Beitrag für wettbewerbsfähige Strompreise für alle** – auch für Private – zu leisten

Forschungsquote erhöhen – Österreich soll Platz 1 in Europa werden

Exzellenz bei Forschung und Innovation sichert Wertschöpfung und Wohlstand der Zukunft. Österreich soll seine Spitzenposition in der EU weiter ausbauen und bei der Forschungsquote die Nr. 1 in Europa werden. Dazu braucht es die Möglichkeiten – in Form von Regulatory Sandboxes –, innovative Ideen einfach und unbürokratisch auszuprobieren, um so Innovation und Wachstum zu fördern. Darüber hinaus müssen wir eine zukunftsgerichtete und sichere Datennutzung entwickeln – dafür braucht es einen entsprechenden praxistauglichen rechtlichen Rahmen. Konkret bedeutet das: Wer forscht, wird belohnt, und wer forschen will, soll das in Österreich auch unbürokratisch tun können.

Deshalb braucht es bis 2030:

- **Weiterentwicklung der Forschungsprämie**, um Österreich als F&E-Standort noch attraktiver zu gestalten
- Fokus auf **Schlüsseltechnologien wie Mikrochips und Life Sciences** in der Forschungsförderung
- Sicherung der **Finanzierung des Fonds Zukunft Österreich** über 2025 hinaus
- **Umsetzung des Reallabor-Rahmengesetzes**, um die Weiterentwicklung innovativer Technologien in einem geschützten rechtlichen Rahmen erproben zu können
- Schaffung eines praxistauglichen rechtlichen Rahmens im **Bereich der Datennutzung, des Datenaustausches sowie der Datenverfügbarkeit**

A close-up photograph of a person's hand holding a bundle of green wheat stalks. The person is wearing a red and white plaid shirt. The background is a soft, out-of-focus green field. The text "Land der Landwirtschaft." is overlaid on the bottom half of the image, with "Land der" in white and "Landwirtschaft." in bold white, both on a red background.

Land der
Landwirtschaft.

Fairplay für unsere Bäuerinnen und Bauern

Österreichs Bäuerinnen und Bauern erbringen für Österreich unverzichtbare Leistungen. Bei der Qualität der Produkte und Lebensmittel liegen wir dank der Leistungen unserer bäuerlichen Familienbetriebe klar im internationalen Spitzenfeld. Wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen im Steuer- und Abgabenrecht sowie eine nachhaltige soziale Absicherung der Bäuerinnen und Bauern gewährleisten, dass ganz Österreich von regionaler Lebensmittelqualität profitieren kann und unser Land in der Lage ist, sich selbst zu versorgen. Gleichzeitig ist es uns auch wichtig, die heimische Forstwirtschaft zu unterstützen und eine nachhaltige Bewirtschaftung sicherzustellen. Damit werden unsere Wälder als CO₂-Speicher sowie als Rohstofflieferant in gleicher Weise genützt.

Um das zu erhalten, braucht es bis 2030:

- **Sicherstellung der GAP-Mittel für Österreich** im Mehrjährigen Finanzrahmen der EU ab 2028 mit Abgeltung der Inflation und nationaler Kofinanzierung
- **Berücksichtigung von unterschiedlichen Produktionsstandards** zwischen EU- und Nicht-EU-Staaten bei Einfuhrzöllen
- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit bei Betriebsmitteln durch beispielsweise **Agrardiesel beziehungsweise Agrarstrom**
- **Weiterentwicklung und Stärkung des AMA-Gütesiegels**
- optimale rechtliche Rahmenbedingungen, um eine **nachhaltige Bewirtschaftung unserer Wälder sicherzustellen**

Sichere Lebensmittelversorgung

Österreichs Bürgerinnen und Bürger sollen sich jederzeit auf die Versorgung mit Lebensmitteln verlassen können – auch bei internationalen Krisen. Im Jahr 2030 soll Österreich in sämtlichen Lebensmittelsparten einen hohen Selbstversorgungsgrad erreicht haben, damit die Versorgung sicher ist und die Preise stabil bleiben. Gerade die vergangenen Jahre der Krise haben gezeigt, wie wichtig es ist, uns selbst zu versorgen.

Deshalb braucht es bis 2030:

- **Ausbau der nationalen Produktion bei Obst und Gemüse**, weil unsere heimischen Lebensmittel die höchsten Standards erfüllen
- Änderung **des Mindesthaltbarkeitsdatums auf ein Verfallsdatum**, welches den Haltbarkeitszeitraum streckt und damit unnötige Lebensmittelverschwendung reduziert
- Einrichtung einer **Marktbeobachtungsstelle auf europäischer Ebene für EU-Lebensmittelimporte**, um faire Rahmenbedingungen sicherzustellen

A person with a backpack stands on a glass-enclosed balcony, looking out over a vast mountain landscape. The view includes rolling green hills, dense forests, and distant mountain ranges under a blue sky with light clouds. The balcony has a metal railing and glass panels. The person is wearing a brown jacket and dark pants.

Land des **Tourismus.**

Tourismus weiterentwickeln

Österreich ist ein erfolgreiches Tourismusland. Kultur und Natur in unserem Land ziehen Menschen aus aller Welt an. Die Tourismusbranche trägt mit 6,2 Prozent maßgeblich zu unserem Bruttoinlandsprodukt bei und leistet mit 7,8 Prozent der Erwerbstätigen einen wichtigen Beitrag zur Beschäftigung in Österreich. Wir wollen den Tourismusstandort Österreich so weiterentwickeln, dass Tourismus für viele Regionen zur Chance, hochqualitativer Tourismus ausgebaut und „overtourism“ an einzelnen Orten verhindert wird. Der Wandel der Branche erfordert zielgerichtete Unterstützung.

Deshalb braucht es bis 2030:

- weitere Erleichterung der saisonalen Beschäftigung
 - **Öffnung des Arbeitsmarkts für saisonale Beschäftigung** von Drittstaatsangehörigen im Tourismus, sofern nachweislich keine einheimischen Arbeitskräfte gefunden werden
- Erhalt unserer **Nationalparks als Naturjuwel und Aushängeschild** unseres Landes
- Erhalt der **Skination Österreich als führendes Wintersportland** in der Welt
- Schaffung eines **Klimatickets für Touristinnen und Touristen**
- Internationale Positionierung des Tourismuslandes **Österreich als nachhaltiges und hochqualitatives Urlaubsland**
- Sicherstellung einer **ausgewogenen Balance zwischen den touristischen Gästen und den Bedürfnissen der einheimischen Bevölkerung**
 - Die Balance zwischen den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Wünschen der Gäste soll durch die jährliche Erhebung der Tourismusakzeptanz nachhaltig sichergestellt werden.



Land des
Sports.

Sport in der Breite und in der Spitze

Österreich ist ein Land des Sports. Weil Sport Menschen zusammenbringt und verbindet, leistet er auch wertvolle Beiträge für Zusammenhalt, Gemeinschaftsbildung und Gesundheit. Damit der Sport in Österreich auch 2030 positiv für unser ganzes Land wirken kann, braucht es neue Anstrengungen in der Sportpolitik mit nationaler und internationaler Wirkung. Neben der Förderung des heimischen Sports wollen wir auch Schritte setzen, Sport und Bewegung in das tägliche Leben aller Österreicherinnen und Österreicher zu integrieren. Davon profitieren nicht nur unsere Sportvereine, sondern auch die Menschen und die Gesundheit. Auch der Schul- und Vereinssport sowie Sport im Allgemeinen ist für Kinder und Jugendliche besonders wichtig. Sportliche Betätigung fördert nicht nur Gesundheit, sondern auch soziale Kontakte und Gemeinschaft. Die Möglichkeit zur Absolvierung der Sommer- und Wintersportwoche soll für alle Kinder, unabhängig von der finanziellen Situation der Eltern, garantiert sein.

Deshalb braucht es bis 2030:

- beste Rahmenbedingungen für Spitzensport in Österreich. Dazu gehört
 - **der Bau eines neuen Nationalstadions,**
 - **eine Sport-Infrastruktur-Offensive,** um für den organisierten Sport (Gesundheits-, Breiten- und Leistungssport) professionelle Rahmenbedingungen zu schaffen
- **den flächendeckenden Ausbau des Pilotprojekts zur täglichen Bewegungseinheit** in ganz Österreich, um Kooperationen von Schulen und Vereinen zu intensivieren
- **Sommer- und Wintersportwoche** für alle Kinder und Jugendlichen
 - Dazu sollen entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden, um allen die Teilnahme zu ermöglichen



Land der
Mobilität.

Innovation auf die Straße bringen

Mobilität hat viele Seiten. Sie ist auch eine wichtige Dimension unserer Freiheit und unserer gesellschaftlichen Teilhabechancen. Österreich ist nicht nur Autoland die Mobilität betreffend, sondern auch Autoland bei der Produktion. Österreich ist aber auch Europameister beim Bahnfahren und Österreich ist auch Weltspitze in der Bahnindustrie. Das bedeutet, dass es eine Kombination aus Auto- und Bahnland ist, die uns stark macht. Dabei geht es um Know-how, um Arbeitsplätze und um den Export. Damit ist klar: Wir brauchen eine Gleichwertigkeit der Infrastruktur: Der Erhalt der wirtschaftlichen Zukunft als Autoland sowie der Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel müssen gemeinsam gesichert werden. Daher müssen vorgesehene Projekte wie die Lobau-Autobahn auch umgesetzt werden. Gleichzeitig muss genauso wie in der Stadt auch am Land die Mobilität für die Menschen leistbar sein. Dafür setzen wir auf neue Mobilitätskonzepte, wie den öffentlichen Mikro-Nahverkehr unter Einbindung privater Anbieter, aber auch auf neue Technologien.

Deshalb braucht es bis 2030:

- Technologieoffenheit beim **Grünen Verbrenner**
 - Dazu braucht es als ersten Schritt eine **Investitionsoffensive in Höhe von 1 Milliarde Euro für den Grünen Verbrenner.**
 - Setzen eines Fokus im Rahmen des **Transformationsfonds auf nachhaltige alternative Antriebstechnologien**
- **Infrastrukturprogramm** zum Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel und der Straßen
 - Für die Autos der Zukunft [E-Auto, Grüner Verbrenner, Hybrid etc.] braucht es auch entsprechende Straßen, deshalb müssen diese konsequent ausgebaut werden. Dazu soll es bis 2040 ein **Straßenbauprogramm** im Volumen von **20 Milliarden Euro** geben.
 - **Weiterer Ausbau und Qualitätsverbesserungen des öffentlichen Verkehrs** inkl. Mikro-ÖV-Systeme [z.B. Anruf-Sammeltaxis für den ländlichen Raum]

Wasserstoffstrategie 2030

Wasserstoff spielt als grüne Energiequelle mit vielen Einsatzmöglichkeiten eine bedeutende Rolle bei der Verringerung des CO₂-Ausstoßes. Um das Potenzial bestmöglich zu nutzen, soll ein Wasserstoff-Ökosystem von der Erzeugung bis zur Verwendung entwickelt werden.

Dazu braucht es:

- **eine neue Wasserstoffstrategie:** Diese soll zum Ziel haben, ein Wasserstoff-Ökosystem zu schaffen, welches von der Erzeugung bis zur Verwendung reicht. Dadurch sollen geeignete Rahmenbedingungen sowie Investitionen sichergestellt werden.



Land des
Ehrenamts.

Ehrenamt stärken

Das Ehrenamt stellt in Österreich eine unverzichtbare Säule unserer Gesellschaft dar. Unsere Politik zielt daher darauf ab, das ehrenamtliche Engagement zu stärken und zu erleichtern. Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, leisten unbezahlbare Dienste für unsere Gesellschaft. Wir werden sicherstellen, dass ihre Arbeit angemessen anerkannt und geschätzt wird.

Deshalb braucht es bis 2030:

- Zuschüsse und Anreize, wenn Unternehmen **Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ehrenamtliche Tätigkeiten freigeben**
- **keine Toleranz bei Gewalt gegen Einsatz- und Rettungskräfte.**
Dazu möchten wir das Strafrecht entsprechend weiterentwickeln.
- **eine klare Absage an Überregulierung des Ehrenamtes und von Vereinsveranstaltungen**

Mit

Familie

Zukunft

schaffen.

In Österreich sollen alle Generationen, Frauen wie Männer, Buben wie Mädchen eine gute Zukunft haben. Die Familien stehen schon bisher aus gutem Grund im Mittelpunkt der Politik der Volkspartei: **Unsere Familien bilden in jeder Hinsicht Zukunft.** Sie vermitteln Werte – und bauen neue auf. Sie verbinden Jung und Alt – und die ganze Gesellschaft mit der Zukunft. Sie erbringen Leistungen, die unbezahlbar und unersetzlich sind. Die bestmögliche Absicherung von Familien ist daher auch in Zukunft wichtiger denn je.

Grundprinzip eines stabilen und gesicherten Familienlebens ist ausreichend Wohnraum – vorzugsweise in den eigenen vier Wänden. Anders als in den meisten europäischen Ländern – und damit im EU-Schnitt – wohnt in Österreich die Mehrheit der Familien nicht im Eigentum. Der Traum vom Eigenheim ist aus unterschiedlichen Gründen für viele junge Familien nicht leistbar. Das ist ein Missstand, den wir ändern möchten.

Moderne Kinderbetreuung und -bildung sichert nicht nur Wahlfreiheit für die Eltern, sondern auch die Entwicklungschancen von Kindern. Sie sind und bleiben für uns das wichtigste Maß für Österreichs Zukunft. Die frühe Vermittlung von wirtschaftlichen Kenntnissen und demokratischen Grundsatzwerten ist essentiell, um den Herausforderungen der Zukunft zu entsprechen. Persönliche Entfaltung, Kreativität und der Leistungsgedanke müssen miteinander verknüpft werden, um sowohl der Gesellschaft, aber auch jedem Einzelnen die bestmögliche Zukunft zu bieten. Dabei ist es uns auch wichtig, die Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern und dabei insbesondere die Aufgaben, die bei der Kindererziehung anfallen, gleichberechtigt aufzuteilen, ohne dabei die Wahlfreiheit einzuschränken. Wahlfreiheit heißt, dass Frauen selbst entscheiden können, wie schnell sie nach der Geburt eines Kindes wieder in den Beruf einsteigen und wie ihr individuelles Familien- und Lebensmodell aussehen soll. Die Frage, ob Eltern arbeiten gehen können, darf nicht an fehlender Kinderbetreuung scheitern. Wahlfreiheit heißt aber auch, dass es Erleichterungen für jene braucht, die nicht Vollzeit arbeiten, weil sie Pflege- oder Kinderbetreuungsaufgaben übernehmen. Frauen und Mädchen sollen auch in Hinblick auf die berufliche Entwicklung selbstbewusst und selbstbestimmt genau jenes Lebensmodell wählen können, das für sie am besten passt und das sie sich wünschen. Hier gilt es, an mehreren Stellschrauben zu drehen und Frauen sowohl für „atypische“ Berufe, gerade im MINT-Bereich, zu begeistern als auch ein diverses Berufsbild zu vermitteln.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern muss eine Selbstverständlichkeit sein. Dort, wo das noch nicht der Fall ist, müssen wir ansetzen. Ein wesentliches Ziel ist es, die Einkommenslücke zu schließen. Dabei befinden wir uns zwar auf einem guten Weg, aber dieser ist noch längst nicht abgeschlossen und es braucht weitere Anstrengungen, um gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu erreichen. Darüber hinaus kommen viele der in diesem Plan genannten Massnahmen insbesondere auch Frauen zu Gute. Etwa der Ausbau der Kinderbetreuung, Senkung des Eingangsteuersatz bei der Lohnsteuer oder Investitionen in Forschung und Bildung.

Wir stehen für ein ganzheitliches Familienbild, das alle Generationen umfasst. Deshalb sollen bestehende Leistungen, wie die Karenzzeit, auch auf weitere Familienmitglieder ausgeweitet werden. Eine familienfreundliche Gesellschaft, die das Wohl der Kinder in den Vordergrund stellt, ist und bleibt unser Leitbild für zukünftige familienpolitische Maßnahmen. Eine starke Familienpolitik unterstützt eine starke und zukunftsfähige Gesellschaft.

Wichtig für alle Generation ist, dass es auf die Herausforderungen des demografischen Wandels verlässliche Antworten gibt, etwa im Gesundheits- und Pflegesektor. **Ein Gesundheitssystem, das die Eigenverantwortung der Menschen für Gesundheit unterstützt, ist ebenso wichtig wie Spitzenmedizin und Gesundheitsvorsorge für alle Generationen.**



Land der
Kinder, Eltern
& Großeltern.

Kinderbetreuungsoffensive

Die Schaffung eines flächendeckenden Angebots an Kinderbetreuung ist ein Gewinn für Kinder, Eltern und Unternehmen. Für Eltern braucht es in der Frage der Kinderbetreuung echte Wahlfreiheit. Ausreichende Kapazitäten und gut ausgebildetes Betreuungspersonal gewährleisten, dass sich zukünftig kein Elternteil zwischen Kind und Karriere entscheiden muss. Qualitativ hochwertige Kinderbetreuung soll relevante Beiträge zur frühkindlichen Bildung liefern. Hierfür haben wir bereits wichtige Schritte gesetzt.

Bis 2030 braucht es:

- **4,5 Mrd. Euro zur flächendeckenden Versorgung** von Kinderbetreuung für alle Familien
- ausreichend und **qualifiziertes Betreuungspersonal**
- entsprechender **bedarfsgerechter qualitativer Ausbau der Betreuungsplätze**

Kinderschutzpaket

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen ist in vielen Bereichen wichtig – gerade auch bei medizinisch und ethisch umstrittenen Therapien. Der gegenwärtige Hype rund um Gender-Themen und -Ideologien ist für Kinder und Jugendliche eine besondere Herausforderung. Es besteht die Gefahr, dass sich Minderjährige dazu verleiten lassen, fragwürdige Therapien in Anspruch zu nehmen – mit nicht abschätzbaren Folgen für ihr weiteres Leben. Als Erwachsener kann und soll jeder und jede wichtige Lebensentscheidungen reflektierter treffen. Auch der Schutz von Kindern im Internet muss gezielt weiterentwickelt werden.

Deshalb braucht es bis 2030:

- **Verbot von Hormonbehandlungen unter 18 Jahren**, sofern keine medizinischen Gründe vorliegen
- **weiteren Ausbau des Schutzes im Internet**

Großelternkarenz für leibliche Großeltern

Jede Familie ist anders. Für die Betreuung von Kindern gibt es unterschiedliche Lösungen. Bei Betreuungsarrangements innerhalb der Familie spielen oft auch die Großeltern eine wichtige Rolle. Ihre Rolle soll auch bei familienpolitischen Unterstützungsleistungen entsprechend berücksichtigt werden und die Wertschätzung erfahren, die sie verdient.

Deshalb braucht es bis 2030:

- **Einführung der Großelternkarenz** und Ermöglichung des Bezugs von Kinderbetreuungsgeld, wenn die Großeltern an Stelle der Eltern die Betreuungspflichten wahrnehmen

A young man with light brown hair and glasses, wearing a green textured sweater, is seated at a table. He is looking down at a tablet computer in front of him, which displays some text. To his right, there is an open book and a glass of beer. The background is a bright, slightly blurred indoor setting, possibly a library or study area. The text 'Land der Bildung.' is overlaid on the image in white, with red horizontal bars underlining the words.

Land der
Bildung.

Modernisierung der Schule: Zukunft besser bilden

Beste Bildung ist entscheidend, damit unsere Kinder ihre Potenziale für sich und unser Gemeinwesen voll entfalten können. Schulen sollen Brennpunkte für Zukunft und nicht für Probleme sein. Österreich wird bei den großen Zukunftsthemen der Bildung neue Schwerpunkte setzen. Unsere Schulen müssen Schülerinnen und Schüler fit für das demokratische, digitale und finanzielle Leben machen. Im Jahr 2030 sollen etwa Kinder an Österreichs Schulen lernen, Apps zu entwickeln – und nicht nur deren Anwendung. Ziel muss sein, dass jeder junge Mensch in Österreich unser Staatswesen und die Grundsätze unserer repräsentativen Demokratie kennt, versteht und leben kann. Die Schule soll weiter ein Ort der Leistung sein.

Deshalb braucht es bis 2030:

- **Coding ab der 5. Schulstufe**
- Wiedereinführung der **Leistungsgruppen** in den Mittelschulen
- klares **Bekenntnis zu Schulnoten**, damit Leistung wieder einen Wert bekommt
- Einführung einer **Bildungspflicht** als Garantie am Ende der Schulpflicht
 - Am Ende der Schulpflicht sollen Grundkenntnisse in Deutsch, Mathematik und Englisch überprüft werden.
- eine **bi- beziehungsweise multilinguale Schule je Bundesland**
- weitere Förderung und **Stärkung der berufsbildenden Schulen**: unser Asset der Fachkräfteausbildung auf dem Weltmarkt
- Erhalt der **Schulautonomie**
 - Unterschiedliche Schulen sollen unterschiedliche Schwerpunkte haben, um die Vielfalt zu erhalten.
- Stärkung der AHS als schnellsten Weg zur Universität. Dazu sollen bereits in der Schule **Lehrangebote von Universitäten in den Unterricht integriert** werden.
- **Schutz vor Fake News**: Die im Verband Österreichischer Zeitungen (VÖZ) vertretenen Medien sollen kostenlos via App ab der 7. Schulstufe allen Schülerinnen und Schülern zur Verfügung stehen.
- **kostenlose Kurskosten für den Meister** (Meisterprüfung bereits umgesetzt)
- **Kinder auf KI vorbereiten**

Land der Nobelpreisträgerinnen und -träger

Herausragende Universitäten bringen in Österreich exzellente Forschungsergebnisse und renommierte internationale Forscherinnen und Forscher sowie Nobelpreisträgerinnen und -träger hervor. Auch in der Wissenschaft muss der Wettbewerb um Spitzenleistungen weiterhin gefördert werden. Unsere Universitäten sollen auch international im Spitzenfeld platziert sein.

Dazu braucht es bis 2030:

- Unterstützung von **Spitzenforschung von Weltformat**: Dazu sollen mittels Exzellenzinitiativen die besten Köpfe in Österreich forschen und große Ideen zusammenbringen.
- **den Ausbau des Leistungsprinzips an den Universitäten**: eine Finanzierung, die sich an internationalen Benchmarks orientiert – wer sich in Rankings verbessert, der soll zusätzliche Gelder erhalten



Land der
Frauen.

Automatisches Pensionssplitting

Das automatische Pensionssplitting ist eine zentrale Maßnahme, um die Verantwortung bei gemeinsamen Kindern zwischen den Paaren fair zu verteilen, und trägt dazu bei, dass die Zeiten der Kinderbetreuung nicht auf Kosten der finanziellen Absicherung im Alter gehen. Die Möglichkeit, nach der Geburt eines Kindes die Pensionsversicherungsbeiträge aufzuteilen, gibt es bereits seit geraumer Zeit, doch sie wird kaum genutzt. Mit dem automatischen Pensionssplitting wollen wir dies zum Regelfall machen: Diese Maßnahme wird dazu beitragen, die partnerschaftliche Aufteilung innerhalb der Familie zu erleichtern sowie Gehaltseinbußen durch Teilzeitarbeit besser auszugleichen, und wird einen positiven Effekt im Kampf gegen die Altersarmut von Frauen haben.

Bis 2030 braucht es:

- **Automatisches Pensionssplitting bei der Geburt eines Kindes;** eine Opt-out-Möglichkeit sichert die Wahlfreiheit.
- **Ausweitung des Pensionssplittings** bis zum 10. Lebensjahr

Gewaltschutz

Die Voraussetzung für ein chancengerechtes und selbstbestimmtes Leben ist ein Leben frei von Gewalt. Daher werden wir unseren Weg im Bereich des Gewaltschutzes fortsetzen und weiter in den Ausbau des Opferschutzes und der Täterarbeit investieren. Jede Frau und jedes Mädchen soll wissen, dass sie bei Betroffenheit von Gewalt nicht alleine ist und auf ein gut ausgebautes, niederschwelliges Netz an Beratungs- und Unterstützungsangeboten zurückgreifen kann. Genauso gilt es, Formen ehrkultureller Gewalt zu begegnen: Viele Geflüchtete sowie Migrantinnen und Migranten stammen aus Herkunftsländern und Kulturen, in denen Frauen nicht gleichberechtigt und selbstbestimmt leben können. Diese patriarchalen Strukturen werden in Österreich vielfach an die nachfolgende Generation weitergegeben. Zwangs- und Kinderehen sind eine Form der ehrkulturellen, geschlechterbezogenen Gewalt und eine Menschenrechtsverletzung, die durch Fluchtbewegungen der letzten Jahre leider auch traurige Realität in Österreich geworden sind. Diesen spezifischen Gewaltformen müssen wir begegnen und den Gewaltschutz in Österreich weiter ausbauen.

Deshalb braucht es bis 2030:

- Weiterführung des **Ausbaus der Maßnahmen für Gewaltschutz und konsequente Verfolgung und Bestrafung der Täter**
- Fortsetzung des **Kampfes gegen ehrkulturelle Gewalt**

Empowerment und Stärkung von Frauen

Wir müssen Maßnahmen setzen, um Frauen – insbesondere bei der Bildungs- und Berufswahl – zu unterstützen und ihre ökonomische Selbstbestimmung zu stärken und zu sichern. Besonders in der zukunftssträchtigen MINT-Branche sind Frauen noch immer unterrepräsentiert. Es ist wichtig, Frauen und Mädchen in jeder Lebensphase zu fördern und zu ermutigen, vielfältige Berufsbilder darzustellen und somit die Wahlfreiheit zu unterstreichen und zur Einkommensgerechtigkeit beizutragen. So stellen auch wir sicher, dass Frauen auch im Alter finanziell unabhängig sind.

Dafür braucht es bis 2030:

- **Moderne Rollenbilder sichtbar machen.** Dazu möchten wir Initiativen ausbauen, die darauf abzielen, mehr **Frauen in die MINT-Branche** zu bringen.
- **Ausbau der Finanzbildung durch Schaffung von mehr Angebot,** insbesondere für Frauen
- Weitere **Erhöhung der Chancen für Frauen im ländlichen Raum.** Hierbei soll vor allem die Kinderbetreuung im Fokus stehen sowie die Stärkung der Digitalisierung.
- **Stärkung von Frauen in Führungspositionen** durch Sichtbarmachung von Vorbildern. Damit sollen Mädchen und Frauen schon frühzeitig Karrierewege aufgezeigt werden und echte Wahlfreiheit sichergestellt werden.

Land der Eigentümer.



Eigentumsoffensive: Eigentumsquote von 48 Prozent auf 60 Prozent heben

2030 muss es mehr Österreicherinnen und Österreichern möglich sein, Eigentum zu erwerben – gerade dann, wenn sie dafür hart arbeiten. Vor allem junge Menschen und Familien brauchen eine realistische Perspektive für Wohnungseigentum. Neben der Förderung von Modellen zur Kaufmiete soll eine Eigentumsoffensive den Weg zum Eigenheim oder zur eigenen Wohnung unterstützen. Wir wollen die Eigentumsquote von derzeit 48 Prozent deutlich anheben und peilen einen Zielwert von 60 Prozent an. Das bedeutet rund 500.000 Eigentumshaushalte mehr für Österreichs Familien.

Dafür braucht es bis 2030:

- Einführung eines **staatlich besicherten Wohnbaukredits auf das erste Eigenheim**, damit Eigentum für die Mitte der Gesellschaft wieder möglich wird
- **Abschaffung aller Gebühren und Steuern auf das erste Eigenheim**, gedeckelt mit 1.000.000 Euro Gesamtkosten
- Schaffung eines **Modells für eine echte Kaufmiete**
 - gemeinnützige Wohnungen sollen zu den Errichtungskosten (Indexierung) erwerbbar sein und nicht zum Verkehrswert. Dazu gilt die Bedingung, dass diese Immobilie für einen gewissen Zeitraum selbst genutzt wird.
 - Die Genossenschaften sollen diese Möglichkeit aktiv den Mieterinnen und Mietern anbieten.
- Einführung eines **Zinsabsetzbetrages für Wohnbaukredite**
- **Wiedereinführung der Zweckwidmung der Wohnbauförderung**
- Ausbau der **finanziellen Unterstützung bei Althausanierungen**

A blurred photograph of a hospital hallway. In the foreground, a person in green scrubs and a blue surgical cap is pushing a gurney. The gurney is covered with a yellow sheet and has a white blanket draped over it. In the background, another person in green scrubs and a blue surgical cap is also pushing a gurney. The hallway has light-colored walls and a grey floor. The text "Land der Gesundheit." is overlaid on the bottom half of the image, with "Land der" on a red underline and "Gesundheit." on a larger red underline.

Land der
Gesundheit.

Qualität an den Patientinnen und Patienten steigern

Obwohl Österreichs Gesundheitssystem im internationalen Vergleich zur Spitze zählt, wurden in den letzten 15 Jahren viele Entwicklungen verschlafen, was zu den aktuellen Problemen und Engpässen geführt hat, wie lange Wartezeiten für Behandlungen sowie die massive Steigerung von Privatärztinnen und -ärzten und ein Stagnieren der Anzahl von Kassenärztinnen und -ärzten. Die Bundesregierung hat bereits gehandelt, es braucht aber weitere Anstrengungen. Erstklassige medizinische Versorgung und Vorsorge sind der Schlüssel für mehr gesunde Lebensjahre. Unser erklärtes Ziel ist es dabei, die Qualität an den Patientinnen und Patienten zu steigern.

Um das sicherzustellen braucht es bis 2030:

- weitere **700 Kassenärztinnen und -ärzte – als Ergänzung der 100 bereits zusätzlich ausgeschrieben**. Insgesamt sollen dadurch 800 neue Kassenarztstellen entstehen.
- eine **Berufspflicht für ausgebildete Ärzte** in Österreich
- einen massiven **Ausbau der Primärversorgungszentren** in Österreich
- **Ausbau von Online-Tools und Gesundheitshotlines (1450)** zur Terminfindung und -vereinbarung, damit die durchschnittliche Wartezeit für Arzttermine deutlich reduziert wird
- Ausbau des **Telemedizinmodells, um auch online Diagnosen stellen zu können**
- Maßnahmen zur **Verringerung von Operations-Wartezeiten**, insbesondere bei zeitkritischen Behandlungen und Eingriffen, durch klare und bessere Priorisierung, bundesländerübergreifende Kooperationen und mehr Transparenz bei Wartezeiten und Informationen, um alternative Behandlungsmöglichkeiten zu finden
- **Stärkung des Life-Sciences-Standortes**, um modernste Medizin für die Bevölkerung anbieten zu können. Dazu zählen z.B. personalisierte Krebstherapien oder die regenerative Medizin, damit querschnittsgelähmte Menschen wieder gehen können.
- Schaffung von Anreizen, um im Bereich der Medikamente **Österreich zur Apotheke Europas zu machen**. Die Forschung und Medikamentenproduktion soll in Österreich forciert werden.
- **Forcierung von Spitzenmedizin** durch gezielte Maßnahmen
- verpflichtende **Kostenaufstellung aller Leistungen** nach jedem Arztbesuch
- **Einführung einer Jugendlichenuntersuchung** für alle Jugendlichen nach dem Vorbild der Bundesheer-Stellung
- explizites **Pflegekräftescouting in Ländern**, die ähnliche Ausbildungswege haben wie Österreich
- weiteren Ausbau des **Erfolgsmodells „Pflege daheim“-Bonus**



Land...
**zum Älter-
werden.**

Land der sicheren Pensionen

Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, muss auch im Alter von der Pension leben können. Ein starkes staatliches Pensionssystem mit einer gestärkten privaten Vorsorge ist entscheidend für die Zukunft. Wir sind es all jenen schuldig, die ihr Leben lang einen Beitrag für das System geleistet haben. Deshalb soll die staatliche Pension auch 2030 und selbstverständlich auch darüber hinaus garantiert sein.

Dafür braucht es bis 2030:

- **Stärkung der zweiten Säule** im Rahmen der Kollektivverträge (betriebliche Vorsorge)
- Ausbau und **Stärkung der dritten Säule** (private Vorsorge)
 - Hierbei sollen vor allem Ansparungen steuerbegünstigt sein sowie steuerfreie Auszahlungen möglich werden.
- weiterhin die **Garantie des staatlichen Pensionssystems**
 - Sicherung der Nachhaltigkeit des Pensionssystems durch **Attraktivierung des späteren Pensionsantritts und Heranführung des faktischen an das gesetzliche Pensionsantrittsalter**

Mit

= Sicherheit =

Zukunft

schaffen.

Freiheit, Sicherheit und Lebensqualität gehen für uns Hand in Hand. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und internationale Konflikte zeigen uns, dass Sicherheit auch in Europa keine Selbstverständlichkeit mehr ist. Wir müssen in vielen Bereichen dafür sorgen, dass wir in sicheren und stabilen Verhältnissen leben können. **Dafür braucht es auch sichere Außengrenzen und den Stopp der illegalen Migration.**

Die innere Sicherheit ist uns ebenso wichtig wie die äußere Sicherheit. **Das Bundesheer ist Schutzschild der Nation und braucht entsprechende Ressourcen.** Genauso ist die Polizei der Garant für Sicherheit und Ordnung im Alltag.

Wir arbeiten konsequent daran, unsere Demokratie und unsere Verfassung gegen alte und neue Bedrohungen zu schützen. Unsere Demokratie ist der Grundpfeiler unseres Lebens- und Gesellschaftsmodells. Sie ist gemeinsam mit der österreichischen Staatsbürgerschaft ein wertvolles Gut, das es zu schützen und abzusichern gilt. **Unsere Demokratie muss wehrhaft sein.**

Unser liberaler Rechtsstaat schützt nicht nur die Freiheit der Menschen in unserem Land und gewährleistet ihre Grundrechte. Er umfasst auch Pflichten und fordert staatsbürgerliche Verantwortung ein. Wir wollen unseren Rechtsstaat weiter ausbauen und modernisieren. Das machen unter anderem auch technologische oder sicherheitspolitische Entwicklungen notwendig.

Wer in Österreich leben will, der muss nach unseren Werten leben. Dazu zählen die Akzeptanz und Achtung unserer demokratischen, rechtsstaatlichen Kultur ebenso wie die Gleichbehandlung von Frauen und Männern. Wer damit nicht leben will oder kann, ist bei uns fehl am Platz. Falsch verstandene Toleranz darf nicht dazu führen, dass wir unser hart erkämpftes Lebensmodell und unsere Freiheiten einschränken müssen. **Es wird in Österreich mit uns kein anderes Gesellschaftsmodell geben als unsere freie Demokratie mit unserem Rechtsstaat und unserer jüdisch-christlich geprägten Kultur.**



Land der
Sicherheit.

POLIZEI

Illegale Migration stoppen – Asylzentren in Drittstaaten einrichten

Das bisherige europäische Asylsystem ist gescheitert. Gerade Österreich ist davon besonders betroffen, etwa bei der Sicherheit oder im Sozialbereich. Auch wenn die Volkspartei für eine konsequente Senkung der Asylzahlen gesorgt hat, ist klar: Wir in Österreich dürfen nicht länger zu den Leidtragenden einer wirkungslosen EU-Politik zählen. Bis 2030 braucht es nicht nur engmaschige Maßnahmen, sondern völlig neue Gesamtlösungen im Europäischen Asylsystem. Gleichzeitig ist für uns als Volkspartei auch klar, dass es Konsequenzen braucht, wenn die EU es nicht schafft, angemessene Lösungen zu finden.

Bis 2030 braucht es:

- **ein restriktives Fremdenrecht:** Abschiebezentren und Verfahrenszentren im Ausland. Ebenfalls soll geprüft werden, ob auch Justizvollzugsanstalten im Ausland realisierbar sind.
- Überarbeitung zur leichteren und früheren Aktivierung der **Notfallklausel auf EU-Ebene**, die in Migrationskrisen aktiviert werden kann, um mehr Handlungsfähigkeit auf nationalstaatlicher Ebene zu ermöglichen
- **Transfer verurteilter Straftäter** aus Drittländern zur Verbüßung ihrer Strafen, wie es in Dänemark bereits praktiziert wird, **in Drittländer**
- Konsequente Umsetzung der **Einschränkung der Bewegungsfreiheit von abgelehnten Asylwerberinnen und Asylwerbern**, um ein Untertauchen dieser zu verhindern
- **Beschlagnahmung von Wertsachen** bei der Einreise, um Kosten zu decken
- **Knüpfung von Entwicklungshilfe an Nicht-Auswanderungsstrategien.** Das bedeutet, dass Staaten keine weiteren Unterstützungsgelder erhalten sollen, sofern diese nicht effektive Maßnahmen gegen Massenauswanderungen aus ihren Ländern setzen.

Null-Toleranz-Prinzip bei Kriminellen

Österreichs Polizei arbeitet ausgezeichnet und genießt in der Bevölkerung aus guten Gründen höchstes Vertrauen. Der konsequente Kampf gegen Verbrechen erfordert bis 2030 eine klare Stärkung der Polizei. Wer immer wieder strafbare Handlungen begeht, soll härter bestraft werden. Auf Gefährdungslagen von morgen müssen sich die Sicherheitsbehörden frühzeitig vorbereiten können, sei es im digitalen oder im analogen Raum.

Deshalb braucht es bis 2030:

- **Null-Toleranz-Prinzip:** Anpassung des rechtlichen Rahmens, um Wiederholungstäter und jene, die unsere Exekutivkräfte nicht respektieren, härter zu bestrafen. Dazu soll das Strafrecht entsprechend verschärft und angepasst werden.
- **Ausweitung der Möglichkeiten zur Überwachung im digitalen Raum,** um terroristische Organisationen und organisierte Kriminalität effektiv bekämpfen zu können. Dabei sollen insbesondere auch die Kompetenzen hinsichtlich der Messenger-Dienste an die aktuellen Überwachungsmöglichkeiten von SMS und Telefonie angepasst werden.
- **massive Aufstockung im Bereich Cybercrime** und Bekämpfung von missbräuchlichem Einsatz von KI, um Falschinformation und Betrug konsequent zu stoppen.
- **32.000 mobile Polizeiinspektionen** durch eine Modernisierungs- und Ausrüstungsoffensive. Das Ziel ist dabei, dass nicht mehr die Bürgerinnen und Bürger auf die Polizeiinspektion für eine Amtshandlung gehen müssen, sondern dass die Polizeiinspektion in Form der Polizistin bzw. des Polizisten zu ihnen kommt.
- **härtere Strafen für Klimakleberinnen und -kleber** durch Schaffung neuer Straftatbestände sowie Strafverschärfungen in der Straßenverkehrsordnung, damit Einsatzfahrzeuge nicht mehr behindert werden



Land der
österreichischen
Identität.

Rot-Weiß-Rot Act

Die österreichische Staatsbürgerschaft ist mit unserer Demokratie und unseren Werten untrennbar verbunden. Die Vergabe unserer Staatsbürgerschaft darf niemals leichtfertig erfolgen. Österreich soll gegen parteipolitische Experimente mit unserer Staatsbürgerschaft dauerhaft geschützt sein.

Deshalb braucht es bis 2030:

- **klare Ablehnung jeglicher Aufweichung der Vergabe der österreichischen Staatsbürgerschaft** und auch des Wahlrechts
- einen **Fokus auf Bewusstseinsbildung für den Wert der österreichischen Staatsbürgerschaft** in der Gesellschaft
- Weiterhin klares Bekenntnis und **Stärkung der in Österreich anerkannten Volksgruppen**

Sachleistungen statt Geldleistungen

Neben der Lösung der europäischen Asylfrage wollen wir als Volkspartei auch Verschärfungen innerhalb unserer Grenzen. Es ist nicht akzeptabel, dass Menschen unser System ausnutzen wollen, obwohl sie kein Recht darauf haben, in unserem Land zu sein. Auch jene, die sich rechtmäßig in Österreich aufhalten, sollen einen Beitrag für Österreich leisten.

Deshalb braucht es bis 2030:

- Zurverfügungstellung ausschließlich **existenznotwendiger Sachleistungen**, wenn kein rechtmäßiger Aufenthaltstitel in Österreich vorhanden ist
- **Sachleistungskarten statt Geldleistungen**, damit staatliche Gelder auch tatsächlich für die Grundbedürfnisse verwendet werden
- Schaffung von Rahmenbedingungen dafür, dass **Deutschkurse parallel zur Arbeit (jeweils 20 Std.) möglich sind**
- **den konsequenten Entzug von Asyl bei Urlaub im Heimatland**

Integration heißt Anpassung

Wir müssen ehrlich bekennen, dass Integration nur durch Anpassung funktioniert. Multikulti ist gescheitert, das zeigen die Beispiele der großen Ballungsräume wie Wien sehr deutlich. Je größer die kulturelle Distanz, desto schwieriger wird der Prozess. Je größer die Anzahl an Migrantinnen und Migranten, desto schwieriger gelingt die Integration.

Viele, die vor allem legal zu uns gekommen sind, die in den Arbeitsmarkt zugewandert sind, sind Leistungsträgerinnen und Leistungsträger und bereichern unsere Gesellschaft. Gleichzeitig gibt es aber auch viele, die an problematischen Wertvorstellungen und Verhaltensmustern festhalten, welche mit unseren gesellschaftlichen und demokratischen Grundwerten kollidieren. Das führt zu Parallelgesellschaften und einer drohenden Fragmentierung unserer Gesellschaft.

Wir brauchen einen völlig neuen Zugang, nämlich: **Integration heißt Anpassung.**

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass eine faktische Fortführung divergierender Werte- und Lebenspraktiken von Zuwanderern erhebliche Integrationsprobleme schafft. Konzepte von „Integration“, die eine Beibehaltung solcher Werthaltungen aus der Herkunftskultur im Aufnahmeland umfassen, sind definitiv gescheitert. Dies zeigt sich vor allem bei großen Zuwanderungsgruppen, die bereits einige Stadtteile von Wien prägen. Für uns ist klar, dass unsere Identität Grund für unseren Erfolg ist – und daher auch Teil unserer künftigen Erfolgsgeschichte sein muss.

Deshalb braucht es bis 2030:

- **eine österreichische Leitkultur**, die sich auch als nationales Kulturgut gesetzlich widerspiegeln soll. Damit soll sichergestellt werden, dass Symbole und Verhaltensweisen, die unseren Grundwerten entgegenstehen, rechtlich differenziert behandelt werden können.
- keine Veränderung unserer Fest- und Feiertagskultur, damit unsere Bräuche und Traditionen auch in Zukunft begangen werden können
- volle **Sozialleistungen erst nach 5 Jahren legalem Aufenthalt** in Österreich [nach dem Vorbild Dänemarks]
- ausschließlich **Sachleistungen und zweckgebundene Sachleistungsgutscheine** statt Geldleistungen [auch in den Bundesländern]



Land der
Vernunft.

Gender-Missbrauch abschaffen

„Gendern“ hat nicht nur in der Sprache, sondern auch im Alltag oftmals problematische Konsequenzen. So haben beispielsweise biologische Männer an Sportveranstaltungen für Frauen teilgenommen. Schutzräume, die explizit für Frauen geschaffen sind, wurden von biologischen Männern vereinnahmt. Es braucht daher mehr Schutz für Frauen in Österreich statt fragwürdiger Gender-Praktiken. So soll es auch weiterhin geschützte Bereiche nur für Frauen geben.

Deshalb braucht es bis 2030:

- **klare rechtliche Konkretisierung der Geschlechter** und geschlechterspezifischer Räume mit dem Ziel, dass sich Frauen in Räumen, die für sie etabliert worden sind, sicher fühlen.

Bekenntnis zu zwei Geschlechtern in der Sprache

Gleichbehandlung und Gleichstellung von Männern und Frauen ist uns ein wichtiges politisches Anliegen. Und das gilt selbstverständlich auch in der Sprache. Die Debatte über Maßnahmen für mehr Fairness darf aber nicht von der Diskussion über das sprachliche „Gendern“ überschattet werden, wie das teilweise heute der Fall ist. Die Mehrheit der Menschen lehnt übertriebenes Gendern aus guten Gründen ab – genauso, wie der Rat für deutsche Rechtschreibung sich entschieden dagegen ausspricht. Gute Verständlichkeit und leichte Lesbarkeit von Sprache und Schrift dürfen nicht unter einer symbolisch aufgeladenen Genderpolitik leiden.

Deshalb braucht es bis 2030:

- **klares Bekenntnis zur Gleichstellung** von Frauen und Männern, im Leben und in der Sprache
- **hintanhaltend von übertriebenem Gendern in der Verwaltung am Beispiel Bayern:** Das bedeutet die **Abschaffung der Verwendung von Sonderzeichen** wie dem Binnen-I, „*“ oder „:“ beim Gendern. **Doppelnennungen** wie beispielsweise „Österreicherinnen und Österreicher“ sollen dagegen **verstärkt verwendet werden**.
- kein Nachteil für Personen, die nicht gendern; **Gendern darf nicht prüfungsrelevant sein** – egal, ob in der Schule oder an den Hochschulen – und nicht verpflichtend in wissenschaftlichen Arbeiten vorgeschrieben werden.



Land der
wehrhaften
Demokratie.

Schutzschild der Nation stärken

Österreich und seine Bevölkerung zu schützen, ist das oberste Ziel unseres Bundesheeres. Seine Kapazitäten als „strategische Handlungsreserve“ der Republik sind Garant für unsere Sicherheit. Mit nachhaltigen Investitionen in unser Heer und mit dem Beitritt zur European Sky Shield Initiative machen wir unser Österreich wieder ein Stück sicherer. Unser Heer soll 2030 zu jeder Zeit in der Lage sein, unser Land vor Gefahren von außen zu schützen.

Deshalb braucht es bis 2030:

- **Erhöhung des Kaders** und Schaffung weiterer Anreize für die Miliz
- **Kompetenzerweiterung der Nachrichtendienste sowie des Staatsschutzes**
- Modernisierung und **Ausbau der Infrastruktur im Hinblick auf Autarkie**
- weiterhin intensivierte **Blackout-Vorsorge**
- Ausbau der **Cyberverteidigungsfähigkeit**
- Aufbau der **Luftabwehrkapazitäten im Rahmen von Sky Shield**

Geistige Landesverteidigung

Die Demokratie ist ein fixer Bestandteil Österreichs und Teil unserer Identität. Um eine Einschränkung oder sogar Abschaffung unserer Demokratie zu verhindern, müssen wir wehrhaft sein: Wehrhaftigkeit wird dabei nicht nur durch unsere Gesetze garantiert. Vielmehr braucht es mehr Bildung für Demokratie, um unser Gesellschaftsmodell nachhaltig schützen und bewahren zu können. Ein demokratisches, gesellschaftliches Miteinander beruht auf gegenseitigem Respekt und Diskursfähigkeit.

Deshalb braucht es bis 2030:

- ein klares Bekenntnis und Maßnahmen zur **Stärkung von Wissenschaftsfreundlichkeit, Diskurskultur und Medienbildung**. Durch ein gestärktes Bewusstsein soll die Eigenverantwortung in der Entscheidungsfindung gestärkt werden.

Kampf gegen Antisemitismus – gemeinsam „Nie wieder!“

Im Zuge des Nahost-Konflikts nach dem Terror-Angriff der Hamas auf jüdische Zivilistinnen und Zivilisten hat sich gezeigt, wie massiv sich Antisemitismus wieder in Europa äußert. Dies stellt für unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger und für die innere Sicherheit eine massive Bedrohung dar. Wir wollen den unterschiedlichen Formen des Antisemitismus mit unserem Rechtsstaat und mit Bildung entgegentreten und weiterhin alles dafür tun, dass Antisemitismus 2030 keinen Platz in unserer Gesellschaft hat.

Dazu braucht es bis 2030:

- **Schutz von jüdischem Leben** in Österreich
- **Schaffung eines Holocaust-Museums**
- **Gedenken in den Regionen** weiter forcieren



Land der **Neutralität.**

Ein wertvolles Gut schützen

Österreichs militärische Neutralität ist historisch gewachsen und fest in der Bevölkerung verankert. Glaubwürdige Neutralitätspolitik erfordert angemessene Investitionen in den Schutz des Landes. Unser Österreich steht bei internationalen Konflikten immer auf der richtigen Seite: auf der Seite des Völkerrechts. Wie unsere Demokratie muss auch unsere Neutralität wehrhaft sein. Gemeinsam mit der ebenfalls neutralen Schweiz verbessern wir unsere Sicherheitssituation durch den Beitritt zum „European Sky Shield“.

Deshalb braucht es bis 2030:

- **ein klares Bekenntnis zur immerwährenden Neutralität**
- **Ausbau von internationalen Organisationen in Österreich** und Österreich als attraktiven Standort für neue Organisationen erhalten
- Forcierung jeglicher Maßnahmen, **um Österreich und Wien auch weiterhin als Ort des internationalen Dialogs zu positionieren**



Land des
Rechtsstaates.

Das österreichische Staatswesen ins 21. Jahrhundert holen

Unser Staatswesen und unsere Verfassung sind das „Betriebssystem“ unseres Landes. Um Aufgaben effizienter und zeitgemäßer erbringen zu können, sind unterschiedliche Weiterentwicklungen in Diskussion. Wir wollen dazu einen breiten Prozess aufsetzen, um Vorschläge, Ideen und Handlungsnotwendigkeiten gezielt zu bewerten. Auf dieser Grundlage sollen die Österreicherinnen und Österreicher über eine Modernisierung unseres Staatswesens entscheiden.

Dazu braucht es bis 2030:

- **Prüfung einer grundlegenden Staats- und Verfassungsreform**, um einen modernen und effizienten Staat sicherzustellen

Lücken im Rechtsstaat schließen

Der Rechtsstaat muss sich im Interesse der Bürgerinnen und Bürger weiterentwickeln können. Wo Regelungslücken festgestellt wurden oder Verfahren nicht mehr zeitgemäß sind, setzen wir uns für eine breit abgesicherte Modernisierung ein. Gerade digitale Transformation und Kommunikation stellen neue Anforderungen an unseren Rechtsstaat. Auch die Rechte von Beschuldigten in Verfahren müssen gestärkt und Vorverurteilungen konsequent vermieden werden.

Deshalb braucht es bis 2030:

- **eine Klarnamenpflicht im Internet**. Das Internet darf kein identitätsfreier Raum sein.
- volle **Rückerstattung der Kosten bei Freispruch im Strafverfahren**
- **Verkürzung der Verfahrensdauer**
- Stärkung des **Persönlichkeitsschutzes von Beschuldigten**
- **Neuregelung der strafrechtlichen Ermittlungsverfahren** durch mehr richterliche Kontrolle

A photograph showing a globe of the Earth being held up by several hands of different ethnicities and ages. The hands are reaching up from the bottom of the frame, supporting the globe. The globe is centered on the Americas. The background is a plain, light-colored wall. The text 'Land der internationalen Beziehungen.' is overlaid on the bottom half of the image, with each word on a separate line and underlined in red.

Land der
internationalen
Beziehungen.

Österreich in der Welt

Angesichts der geopolitischen Veränderungen ist für Österreich der Erhalt bestehender Partnerschaften von großer Bedeutung. Gleichzeitig müssen neue strategische Beziehungen forciert werden. Partnerschaften sind für Österreich essentiell, um im internationalen Wettbewerb zu reüssieren, unsere Sicherheit zu stärken und unser Land als Ort des Dialogs zu positionieren. Aktive Außenpolitik ist für uns auch aktive Sicherheitspolitik.

Dafür braucht es bis 2030:

- **Stärkung der transatlantischen Beziehungen** und Ausbau von strategischen Partnerschaften mit Schlüsselmärkten und Partnern wie Israel, Südkorea und den VAE
- **Abschluss weiterer Rückübernahmeabkommen und Reduktion der Entwicklungszusammenarbeit**, wenn abgelehnte Asylwerberinnen und Asylwerber nicht zurückgenommen werden
- **Nutzung der Entwicklungszusammenarbeit**, um damit die österreichische Exportwirtschaft beim Erschließen neuer Märkte zu unterstützen

The background of the entire image is a close-up, slightly blurred photograph of the European Union flag. The flag is blue with twelve yellow stars arranged in a circle. The flag is waving, creating a sense of movement and texture. The lighting is bright, suggesting an outdoor setting.

Land im
Herzen
Europas.

Europa refokussieren: Forderungen an die neue EU-Kommission

Als Volkspartei bekennen wir uns klar zur Europäischen Union als das größte Friedensprojekt unserer Geschichte und als gemeinsamen Rahmen unserer Werte, Gesellschaft sowie unserer Wirtschaft. Österreich ist eine starke Stimme in Europa und Europa eine starke Stimme in der Welt. Damit sich Europa im internationalen Wettbewerb zwischen den USA und China behaupten kann und unser Lebensmodell eine sichere Zukunft hat, müssen wir die Europäische Union in die richtige Richtung entwickeln. Die EU muss besser und rascher bei den großen Themen – wie Wirtschaft, Wohlstand und Stabilität – aktiv werden und sich bei überbordenden Regeln für den Alltag der Menschen im Sinn des Subsidiaritätsprinzips zurückhalten.

Dafür braucht es bis 2030:

- **Refokussierung der Union auf Wirtschaftsthemen** und konsequenter Abbau von Überregulierungen
- **Anpassung der EU-Verträge**, wenn die EU es nicht schafft, Antworten auf die großen Fragen zu geben
- **Reduktion der Berichtspflichten** (schleichende Zentralisierung bzw. schleichende Kompetenzergreifung) und Einführung eines „Two in, one out“-Systems
- **mehr Österreich in Europa**, um auch weiterhin mit starker Stimme unsere österreichischen Interessen durchsetzen zu können

Industrie- und Wirtschaftsstandort Europa ausbauen

Die EU muss ihre Wettbewerbsfähigkeit gezielt verbessern. Im internationalen Wettbewerb muss Europa ein starker und attraktiver Boden für wirtschaftliche Erfolge sein.

Bis 2030 braucht es deshalb:

- **Weiterentwicklung des europäischen Beihilfensystems** mit einer stärkeren Berücksichtigung der geopolitischen Dynamiken, um das Wachstum europäischer und österreichischer Leitindustrien zu ermöglichen und nicht zu verhindern
- **Schaffung einer echten EU-Kapitalmarktunion**, um den Binnenmarkt zu fördern und den Standort Europa international abzusichern und auszubauen
- **Reform des EU-Energiemarktes zur Senkung der Energiepreise**, insbesondere für die produzierende Industrie und KMU

Funktionierendes Asylsystem sicherstellen

Ein funktionierendes Asylsystem – kombiniert mit Sanktionen, die bei Verstoß wirksam werden – ist in der EU längst überfällig. Die EU muss Ordnung in das europäische Asylwesen bringen.

Dafür braucht es bis 2030:

- **ein neues Asylsystem für Europa**, das alle in die Verantwortung nimmt und entsprechend sanktioniert, wenn Regelungen verletzt werden
- einen **umfassenden, robusten und effizienten Schutz der EU-Außengrenze**

Land der Versorgungs- sicherheit.



Energie diversifizieren, Sicherheit garantieren

Österreichs Energieversorgung soll 2030 leistbar, sicher und klimafreundlich sein. Die Energiewende muss für Menschen und Unternehmen machbar und finanziell verträglich sein. Für die Zukunft der Energieversorgung soll Österreich alle relevanten Technologien nützen und sich selbst versorgen können.

Dafür braucht es bis 2030:

- **einen massiven Ausbau unseres heimischen Energienetzes und eine Erhöhung der Kapazitäten**
- weiterhin **Beschleunigung der Bewilligungsverfahren** für Ausbau der Erneuerbaren und Netze
- Identifikation der Potenziale sowie **Nutzung der Geothermie in Österreich**
- Forcierung von Biomasse
- Umbau unserer Gasinfrastruktur, um sie für den **Transport von Wasserstoff fit zu machen**
- Ausbau der **Wasserkraft mit einem Fokus auf die Kleinwasserkraft**
- Fokus auf die **Kraft-Wärme-Kopplung**
- weiterhin Sicherstellung von **Einspeisung durch Photovoltaikanlagen ins Netz**, Fokus auf den Einsatz effizienter Photovoltaikanlagen und Fokus auf intelligente dezentrale Speicher



Land der

Kultur.

Kulturnation Österreich

Österreich ist eine Kulturnation – von der Hochkultur bis zur Volkskultur sind wir reich an kulturellen Fähigkeiten und Schätzen. Das ist nicht nur für unsere Identität und unser Selbstverständnis wichtig, sondern auch für unsere internationale Sichtbarkeit und unseren Tourismus. Kulturelles Erbe und zeitgenössisches künstlerisches Schaffen müssen gleichermaßen gesichert sein. Der Rang, den die Kultur in Österreich genießt, muss für die Zukunft abgesichert und ausgebaut werden. Unsere Kultur ist unsere Zukunft.

Deshalb braucht es bis 2030:

- **Schaffung einer Akademie der Kultur** am Vorbild der französischen Académie des Beaux-Arts
- Etablierung eines **modernen Denkmalschutzes**, der nicht nur Eigentümer in die Pflicht nimmt, sondern auch an die Eigenverantwortung der Menschen appelliert. Deshalb sollen mit der Erhaltungspflicht auch Haftungserleichterungen einhergehen.
- **Erhalt unseres kulturellen Erbes** und es auch für zukünftige Generationen erlebbar gestalten
- umfassende **Digitalisierung der österreichischen Museen** und Unterstützung von Kulturinstitutionen zur Erschließung breiterer und jüngerer Publikumsschichten
- sicherer **Schutz des geistigen Eigentums** von Kulturschaffenden in Zusammenhang mit Künstlicher Intelligenz
- Schaffung von Rahmenbedingungen, um **kulturelle Aktivitäten im Vereins- und Gemeindewesen weiter auszubauen**

Land des Klimaschutzes.



Klimaschutz mit Hausverstand

Im Sinn der Ökosozialen Marktwirtschaft wollen wir wirtschaftliche Leistungskraft, breiten Wohlstand, soziale Sicherheit und ökologische Nachhaltigkeit gemeinsam möglich machen. Wir sind daher beim Klimaschutz offen für neue Technologien und Lösungen. Wir setzen auf Fortschritt statt auf Verbote. Umwelttechnik-Know-how, das wir in die Welt exportieren, ist ein wichtiger Beitrag Österreichs für internationalen Klimaschutz. Wir müssen Infrastrukturen und Anreizsysteme in jeder Hinsicht fit für die Zukunft machen.

Deshalb braucht es bis 2030:

- **100-prozentige bilanzielle Selbstversorgung** mit Strom aus erneuerbaren Energieträgern. Dazu soll auch das Energienetz deutlich verbessert und ausgebaut werden.
- einen speziellen Fokus auf Maßnahmen zum **Schutz vor den Auswirkungen des Klimawandels** in allen wesentlichen Bereichen, bei gleichzeitiger Anstrengung der Emissionsreduktion
 - unter anderem durch Schutzmaßnahmen in der Land- und Forstwirtschaft, Mittel für das landwirtschaftliche Wassermanagement und den Ausbau der Bewässerungsinfrastruktur
- **Schaffung möglichst energieautarker Haushalte:** Jedes Haus soll auch ein Sonnenkraftwerk werden, das sich so gut wie möglich selbst mit Energie versorgen kann. Dabei soll ein besonderer Fokus auf dem Ausbau von Speichersystemen liegen.
- **mehr Europa im Klimaschutz mit Hausverstand:**
 - Ausbau des „Bahnraums Europa“ und Vernetzung. Es ist völlig absurd, dass LKWs ohne Einschränkung von Bremen bis Neapel fahren können, bei der Bahn muss aber an jeder Grenze die Lokführerin bzw. der Lokführer gewechselt werden.
- **Schaffung eines Klimatickets für Unternehmen,** das von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei Dienstreisen genutzt werden kann
- weitere **Stärkung von Energiegemeinschaften,** das sind Zusammenschlüsse von mehreren Personen zur gemeinsamen Produktion und Verwertung von Energie, **im erneuerbaren Bereich**
- **Stärkung der natürlichen Kohlenstoffbindung durch aktive Waldbewirtschaftung** und verstärkte Verwendung von Holz in der Bauwirtschaft
- **Schaffung eines eigenen Nachhaltigkeitszertifikates** für die österreichische Land- und Forstwirtschaft

CO₂-Einspeicherung in Österreich forcieren

Die CO₂-Einspeicherung bietet uns Möglichkeiten, um der Atmosphäre Treibhausgase zu entziehen. Diese Technologie ist laut aktuellem Stand der Klimaforschung ein notwendiger und effizienter Beitrag zum Erreichen der Klimaziele.

Daher braucht es bis 2030:

- **Aufhebung des Carbon Capture and Storage Verbots (CCS) in Österreich**, um Abschneidung und Speicherung von Kohlendioxid zu ermöglichen
- **Weiterentwicklung effektiver CO₂-Speichertechnologien**, die unter Einhaltung hoher Sicherheitsstandards einen positiven Beitrag zum Klimaschutz leisten

Land der Ortskerne.




Unsere Gemeinden als Rückgrat des Landes

Der ländliche Raum ist auf Infrastruktur und den Erhalt der Ortskerne angewiesen. Damit diese nicht aussterben und Gastronomie sowie Nahversorger nicht abwandern, wollen wir gezielt das Ortskernsterben stoppen. Das Leben in Gemeinden am Land soll eine sichere Zukunft haben.

Deshalb braucht es bis 2030:

- ein **klares Bekenntnis zu Gemeinden** als zentralen Ort von Heimat, Tradition und gesellschaftlichem Leben
 - Dazu muss die **Finanzierungs- und Investitionsfähigkeit der Gemeinden gesichert sein und auch in Zukunft erhalten werden.**
 - Vor diesem Hintergrund sollen insbesondere **Instrumente der unbürokratischen Direktfinanzierung an die Gemeinden** weiterentwickelt werden.
 - Ziel dabei ist der Erhalt der notwendigen Infrastruktur für das gesellschaftliche Zusammenleben.
- ein konsequentes Vorantreiben des **Breitband-Ausbaus in ganz Österreich**



Land der
Innovation &
Technologie-
offenheit.

KI für die Menschen

Für österreichische und internationale Betriebe soll es attraktiv sein, in zukunftssträchtige Bereiche und neue Technologien zu investieren. Wir wollen Digitalisierung und Künstliche Intelligenz für Betriebe und Menschen offensiv, aber verantwortungsvoll nutzen.

Dafür braucht es bis 2030:

- verstärkte **Nutzung von KI in der Verwaltung und klare Kennzeichnung, wenn KI verwendet** wird
- **Weiterentwicklung der ID-Austria**, sodass im behördlichen und privaten Verkehr die ID-Austria als Schlüssel zu diversen Services akzeptiert und anerkannt wird. Dabei ist unser Ziel 2030: Jede Person in Österreich soll eine ID-Austria besitzen.
- **Etablierung von Österreich als KI-Hotspot** und Vorreiter in der Zertifizierung von KI

Quantentechnologie

Im Bereich der Quantentechnologie ist Österreich im Spitzenfeld. Das wollen wir erhalten, ausbauen und auch künftig weiter fördern. Dazu braucht es Rahmenbedingungen und Anreize.

Deshalb braucht es bis 2030:

- einen **vereinfachten Zugang zu Risikokapital für KI und Quantentechnologie**
- Schaffung von Anreizen und Rahmenbedingungen, um **die Spitzenposition im Bereich von Quantencomputing weiter auszubauen**

Schaffung eines eSport- Kompetenzzentrums

eSport ist eine international aufstrebende Sportdisziplin, die sich in vielen Teilen der Welt einer großen Zahl an Fans erfreut. Dieser neuen Sportart möchten wir auch in Österreich Raum geben und ein Zentrum für Ausbildung, Training und internationale Turniere schaffen.

Deshalb braucht es bis 2030:

- **Schaffung eines eSport-Kompetenzzentrums in Österreich**, um Training und Ausbildung von eSportlerinnen und -Sportlern in unserem Land voranzutreiben

A close-up photograph of a laptop keyboard, a stack of papers, and a pair of glasses. The text "Land der Medien." is overlaid in white, bold font, with red horizontal bars underlining the words "Land" and "Medien.".

Land der
Medien.

Medienvielfalt erhalten & Qualitätsjournalismus absichern

Im Zeitalter von Fake News und gezielter Desinformation sind objektiver, sachlicher Journalismus und fundierte Meinungsvielfalt für Demokratie und Gesellschaft wichtiger denn je. Die digitale Transformation verändert die Rahmenbedingungen für die Medienbranche erheblich und erfordert neue Wege zur Sicherung österreichischer Inhalte. Gleichzeitig muss der ORF seinen Bildungsauftrag zeitgemäß weiterentwickeln und erfüllen.

Deshalb braucht es bis 2030:

- weiterhin ein klares Bekenntnis zur **Förderung und zum Ausbau des Medienstandortes Österreich**
- verstärkte **Förderung von österreichischen Produktionen**
- weiterer **Kampf gegen Fake News und Desinformation**
 - Faktenchecks, die Förderkriterium für öffentliche Förderung von Medien sind
- Einführung einer **eigenen Programmschiene im ORF, die Kompetenzen im Umgang mit Digitalisierung und KI** vermittelt
- **Schutz vor Fake News:** Die im Verband Österreichischer Zeitungen (VÖZ) vertretenen Medien sollen kostenlos via App ab der 7. Schulstufe allen Schülerinnen und Schülern zur Verfügung stehen.

derösterreichplan.at
